



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

22.01.1932 (Nr. 18)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM. 1.00 frei Haus, durch die Post zugl. 36 Pfg. Beistellgeb. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Ausperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachzahl. des Bezugspre.

Anzeigenberechnung: Kieselige die 10gep. Nonp.-Zeile RM. 0.25, auswärts RM. 0.30, im Textteil die 4gepalt. Textzeile RM. 0.80, auswärts RM. 1.—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen RM. 0.10. Kleine Anzeigen RM. 0.15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 22. Januar 1932 • Nummer 18

Vor der Beantwortung der Denkschrift Hitlers

Berlin, 21. Jan. Die Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler wird voraussichtlich Freitag oder Sonnabend beantwortet werden.

Sechs Millionen Erwerbslose fordern Systemwechsel - Vor der 5. Notverordnung - Groeners scharfe Abfuhr an Frankreich - Hessen-Zentrum gegen die NSDAP.

Die Sechs-Millionen-Armee

Berlin, 21. Jan. Am 15. Januar 1932 waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000 gegenüber 320 000 in der vorigen Berichtszeit und gegenüber 381 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosen-Zahl um rund 2 012 000 gestiegen.

Alle Zeichen stehen auf Sturm, eine politische Niederlage jagt die andere. Das System von heute steht vor dem absoluten Nichts. 6 Millionen ohne Arbeit fordern Milderung und Wandel, so geht es nicht weiter, wenn Deutschland leben soll.

Außenpolitisch wie innenpolitisch ein Schlag auf den anderen. Kein Erfolg und keine noch so kleine Möglichkeit. Als die Nationalsozialisten in klarer Erkenntnis diese Entwicklung schon vor Jahren vorausgesehen: 6 Millionen Erwerbslose, völliger Zusammenbruch der Wirtschaft, außenpolitische Entfremdung und Isolierung Deutschlands, da hat man sie verachtet und sie Katastrophenpolitiker genannt, heute geht dieser Ausbruch zurück auf die verantwortlichen Männer, die sich nicht entschließen können, aus der Politik von gestern einen neuen Weg in die Zukunft zu suchen. Eine Notverordnung nach der anderen. Preissenkungsaktionen, Steuererhöhung, die tiefsten Eingriffe in das Wirtschaftsleben, nichts, kein Mittel hat geholfen. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß die Kurve der Entwicklung mit rasender Geschwindigkeit nach unten fällt. Allein seit dem 1. Januar, innerhalb von 15 Tagen, hat sich das graue Heer derer, die arbeiten wollen und nicht dürfen, um 300 000 vermehrt. Das sind die Erfolge der letzten Maßnahmen und außenpolitisch steht Deutschland wieder einmal allein. Es hat nicht verstanden, England tätig in den Kreis gegen Versailles hineinzuweisen, Amerika hat sich betätigt auf seinen Kontinent zurückgezogen und Frankreich besteht nach wie vor, stärker noch als früher, auf Einhaltung von Versailles und Young. Selbst mit dem besten Willen, mit den besten Absichten, die wir nicht abstreiten wollen, kann Herr Brüning keinen Weg aus dieser hoffnungslosen Lage finden, ihn trägt nicht die Kraft und das Vertrauen des Volkes, und wenn Herr Groener scharfe Worte, die wir begreifen, die Hege Frankreichs findet, so ist er doch nur der Exponent einer Regierung, in der die Sozialdemokratie, in der Sozialisten und andere Koalitionsgenossen seiner Politik täglich in Wort und Schrift in den Rücken fallen. Darum wird die Wirkung im Ausland nicht erreicht werden können und darum wird auch Herr Brüning, „Mein“, aufgezwungen durch uns, nicht den erhofften Erfolg haben, denn ihm fehlt die Kraft des Volkes, die er nicht haben will, die Kraft, die bei uns, beim Nationalsozialismus steht, und wenn man heute angeht eines Bezirks der Gemeinden von 300 Millionen, daß im März mindestens eine halbe Milliarde betragen wird, dann denkt, noch eine neue Notverordnung, die fünfte, zu erlassen, wenn man daran denkt, die Umwäl-

steuer und Kriegersteuer zu erhöhen, Beamtengehälter weiter zu kürzen und vielleicht sogar ein Tabakmonopol zu errichten, so glauben wir nicht, daß dies das weitere drohende Annäheren der grauen Millionenarmee verhindern kann. Wir glauben nicht, daß Herr Brüning einen Weg aus der Katastrophe findet, denn ihm fehlt das Volk.

Wir betonen nochmals, und unser Führer hat das klar und deutlich ausgesprochen, trotz der furchtbaren Lage sind wir Nationalsozialisten, bewußt der schwersten Aufgaben, immer noch bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen. Noch ist es Zeit, Herr Brüning, treten Sie zurück und legen Sie das Steuer in die Hand verantwortungsbereiter Männer, die frei von Partei- und Gruppeninteressen, frei aber auch von jeder Rücksicht, dem Staatschiff einen neuen Kurs geben wollen.

— quen.

Sanktionen?

Paris, 22. Jan. Der außenpolitische Berichtler des „Matin“, Stephan Langanne, prüft diejenigen Maßnahmen, die die französische Regierung ergreifen müsse, wenn Deutschland endgültig auf seinem Standpunkt beharre, nicht mehr zu zahlen. Das Nichtüberlegen des 25 Millionen Dollar-Kredits der Reichsbank, was automatisch auch die VZB veranlassen würde, ihren gleichen Anteil nicht weiter in Deutschland zu belassen. Wenn eine derartige Maßnahme der Zusammenbruch der Mark herbeiführen werde, so könne man demgegenüber nur feststellen, daß die Stabilität der Mark Frankreich nicht mehr interessiere, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkomme. Als zweite dringende Sanktionsmaßnahme schlägt Langanne die sofortige Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages vor, der sich günstig für Deutschland ausgewirkt habe.

Der verhandlungs- unfähige Brüning

Die Begründung der Ablehnung Adolf Hitlers in der Aktion zur Rettung der Zentrumregierung hat, wie es ja selbstverständlich ist, die angefallene Wut der Not- und Schwärzen an vielen Stellen zur Entladung gebracht. Nichts Neues in dieser Begründung, staatsrechtliche Überlegungen schon alle bekannt, so betonen sie und geben damit zu, daß sie wenigstens genau wissen, daß eine Verfassungsverletzung vorliegen würde, wollte man die Amtsbauer des Reichspräsidenten einfach in der Weise verlängern, wie es die ehemaligen Reichspräsidenten nur zu gerne gesehen hätten. Wahrheit ist, daß die Ausführungen Adolf Hitlers auf jeden nicht vom Herrschaftskolter des Zentrums und der SPD. Befehlshaber absolut zwingend sind und wir hoffen auch jetzt nicht fehl in der Annahme zu gehen, daß im Büro des Reichspräsidenten heute die gleichen Gebankengänge herrschen.

Adolf Hitler hat nur an einer einzigen Stelle den Schleier über das Gespräch mit dem Reichskanzler gelüftet und wir glauben nicht, daß dem sich nun doch zu einer „Antwort“ aufschwingenden Reichskanzler Dr. Brüning viel daran liegen wird, noch weitere Einzelheiten bekanntzugeben. Schon der Überberichtsbericht mit dem Hinweis auf die angebliche lebenslängliche Verlängerung der Amtsbauer Hiers und dem angeblich verfassungsändernden Beschluß des französischen Parlaments hat Herrn Dr. Brüning auf der Stelle die peinlichste Abfuhr zugesagt, die auch in der rein sachlichen Darstellung Adolf Hitlers noch spürbar ist. Alle Kreise müssen sich nach diesem Vorfall fragen, wie es möglich ist, daß ein Mann mit einem derartig herausfordernden Mangel an politischer Bildung noch immer Reichskanzler und Außenminister bleiben kann. In der ganzen diplomatischen Welt macht heute ein solches Rätseln die Runde, wenn die vorbereitete Überberichtsbericht des Reichskanzlers besprochen wird. Die scharfe Presse geht diszipliniert über die Blamage ihres Exponenten hinweg, über die Beschimpfung der Reichsregierung durch die von uns wiederbegebene Zeichnung des „Matin“ hat sie gleichfalls — wenn auch aus anderen Gründen — kein Wort verloren. Wenn das geliebte „süße Frankreich“ die Republik schmachtet, so ist das lautester Wohlklang in den Ohren unserer zahlreichen Mönche in der Zentrumsführung. Und so läßt man den deutschen Volkshafter in Paris als Straßenbanditen hintertreiben ohne aufzumachen, die Reichsregierung selbst aber hat bis heute ebenfalls keinen Ton des Protestes gefunden. Herr von Goelch aber setzt auch nach seiner Beschimpfung die Besuche bei dem Franzosen ruhig fort.

Offenbar findet niemand an alledem etwas Besonderes.

Nach dem traurigen „Dementi“ in der Angelegenheit der Indiscretion nach Brünnings Tributerkündigung steht nun die bereits irrtümliche Unachtsamkeit Dr. Brün-

Das Reichswehrministerium gegen die Lügen Bourgeois und Eccards

Berlin, 21. Jan. Zu den Preisenachrichten über die Aussprache des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer betr. den deutschen Küstungsstand, erklärt das Reichswehrministerium:

In dem planmäßigen Verleumdungsfeldzug, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über das Thema angeblicher deutscher Geheimrüstungen veranstaltet haben, stellen die Behauptungen des Generals Bourgeois und des Senators Eccard einen Gipfelpunkt dar.

Nach diesen Behauptungen soll Deutschland im Widerspruch zum Versailler Vertrag ein mächtiges Heer organisiert haben. Dies wird damit begründet, daß eine große Anzahl von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausgetreten, um Klus für Rekruten freizumachen, weiter damit, daß zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden. Deutschland sei dadurch imstande, im Kriegsfall eine starke „Eisarmee“ aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte der neuen Einheiten mit Angehörigen der alten Wehrmacht geweckt werde.

Diese Behauptungen sind erlogen. Die Zahl der Entlassenen und Neueinstellungen ist im Wehrbereich nach den Vorschriften des Diktats von Versailles genau festgelegt und wird ebenso genau eingehalten. Kein Unteroffizier scheidet aus der Reichswehr vor Vollendung der zwölfjährigen Dienstzeit aus; es sei denn, daß besondere gesetzliche Gründe (Dienstuntauglichkeit usw.) zu vorzeitigem Ausscheiden zwingen. Die Zahl der aus diesen besonderen Gründen ausscheidenden Soldaten übersteigt jährlich in keinem Fall die in Versailles festgelegte Quote von 5 v. H. der Gesamtstärke. Eine Ausbildung von Offizieren in verbotenen Schulen ist schon deshalb nicht möglich, weil die geringe Anzahl der deutschen Offiziere zum Dienst in der Truppe benötigt

wird und weil es überhaupt verbotene Schulen nicht gibt. Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Truppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist. Wenn General Bourgeois von einer deutschen „Eisarmee“ gesprochen hat, so verwechselt er die anstehende mit der etwa 50 Divisionen starken französischen „Armee de couverture“, da diese eine vorläufige Kriegsstärke von über 1,5 Millionen Mann hat, während die Stärke des deutschen Reichsheeres im Frieden und Krieg nur 100 000 Mann beträgt; so ist nicht einzusehen, wie der nur dem Zweck der Kameradschaft dienende Verkehr — General Bourgeois gebraucht den völligen irreführenden Ausdruck „Zusammenkünfte“ — von Angehörigen der Reichswehr mit Soldaten der alten rührmüden Wehrmacht, die Sicherheit Frankreichs gefährden kann. An Truppeneinheiten gibt es in Deutschland nur die im Diktat von Versailles festgelegten Formationen.

Deutschland wäre zufrieden, wenn die französischen Schulbücher die Kriegsschuldfrage und die Darstellung des Weltkrieges im gleichen Geiste der Wahrhaftigkeit behandeln würden, wie die deutschen.

Die Behauptungen Senator Eccards über die deutschen Militärausgaben stützen sich durch ihre Unrichtigkeit selbst. Die gesamten deutschen Militärausgaben betragen im Jahre 1930/31 nach den Küstungsveröffentlichungen des Völkerbundes 707 Millionen Reichsmark, während die französischen Militärausgaben im gleichen Jahr sich nach den amtlichen Angaben der französischen Regierung auf 13,8 Milliarden Franken, also mehr als das Dreifache der deutschen Ausgaben beziffern. Im Jahre 1931/32 sind die deutschen Wehrausgaben erheblich vermindert worden; das französische Militärbudget erreicht im gleichen Jahre die ungeheure Summe von 18 bis 19 Milliarden Franken.

nings fest. Als er die Bollstunten in Angriff nahm, unterrichtete er zuerst den erklärten Feind einer deutsch-britischen Annäherung: Frankreich. Der britische Außenminister erfuhr davon vom französischen Botschafter in London, der ihm mit der Senatsbeschlusse in der Hand auf den Bahnhof nachteilte, als Sonderboten gerade abreißen wollte.

Als Hoover seine „Botschaft“ bekenntgab, hatte der Zentrumskanzler Brüning ebenfalls jenseitigen Kundentum einen Appell an Frankreich zu richten und auf diese Weise die Möglichkeit einer neuen Frontbildung zu zerstören. Und nun stellt es sich heraus, daß er auch in der Tributfrage den bittersten Gegner Deutschlands — Frankreich — früher unterrichtet hatte, als das in dieser Frage entschiedenen loyalen England. Und dieser Franzose sorgte dafür, daß die politischen Genossen von London aus eine infame Fälscherbegeisterung inszenierten.

Bei einem Manne größeren Formats — gleich wie man dies auch zu bewerten hätte — könnte man irgendeine Politik vermuten, bei Dr. Brüning nehmen wir (auch angesichts ähnlicher Dinge im Innerpolitischen) nur eine große Unfähigkeit an. Man fragt sich, was ein Reichskanzler und Außenminister denn noch tun soll, damit er verschwinden muß. Ein Fehlschlag nach dem anderen, ein Einseitigsein vom Zentrum zu Zentrum, ein Verlassen in primitivsten politischen Dingen, aber „regiert“ muß Deutschland durch Herrn Brüning werden...

Die Dinge um Lausanne — auch werden ebenfalls immer brenzlicher. Nahezu alle wollen Vertagung (oder nur eine vorläufige Lösung), die einen auf sehr lange, die anderen bis zur Klärung der Lage. Das heißt, daß niemand glaubt, mit Herrn Dr. Brüning noch dauernde Verhandlungen einleiten zu können, da kein Staatsmann der anderen Seite an den Bestand der heutigen Reichsregierung glaubt; der britische Sachverständige Layton hat ausdrücklich erklärt, daß es ohne Stillen nicht mehr ginge. (Wollen Sie noch nicht demontieren, Herr Geheimrat Stangenberger?) Das ist doch verständlich, denn was nützt eine Konferenz, wo man zuerst Brüning sich gegenüberstellt und dann mit Stillen unter ganz anderen Bedingungen von vorne anfangen muß! Auch aus dieser Tatsache ergibt sich, daß das Dasein der Reichsregierung Brüning ein weiteres hinausgezögertes notwendiger Entscheidung bedeutet, ganz abgesehen davon, daß der größte Zusammenbruch der „Krisenpolitik“ dieses Systems — im Zentrum — Genf bevorsteht — es sei denn, daß dieses System auch hier vor der nationalsozialistischen Gedankenwelt kapituliert — was einen Zusammenbruch nach der anderen Front hin bedeuten würde. Man komme uns nicht mit den unwahrscheinlichen Ausreden, vor den Konferenzen dürfte keine „Ergrütterung“ durch einen Regierungswechsel eintreten. Frankreich demonstriert uns jedoch vor, daß ein derartiger Wechsel keine „Ergrütterung“, sondern eine Stärkung bedeutet. Ergrüttert würde durch einen Systemwechsel in Deutschland nur der tobstichtige und landesverräterische Marxismus, dessen Hauptfront vergeblich noch dem marxistischen Spießbürger etwas „Eisernes“ vorzutauschen bemüht ist und von über drei Millionen Mitgliedern gefolgt, dazu SPD, Reichsbanner und Gewerkschaften zählt, dreimal also die gleichen Leute. Eisen an der Front des Kurfürstendammhochhauses sind nur die Dolche der Mordmörder, deren unsere Kameraden zum Opfer fallen. Sonst ist alles nur ein Ge-

schrei der Verzweiflung fetter Volksbetrüger, die vor der Abrechnung zittern und nun Dumme suchen, um diese für sich kämpfen zu lassen.

Und das Problem deutscher Außenpolitik liegt auch darin: Ehe diese Verräterfront nicht restlos unschädlich gemacht worden ist.

Die fünfte Notverordnung im Anmarsch

Berlin, 21. Jan. Trotz der verschiedenen offiziellen Dementis wollen die Gerüchte nicht verstummen, die besagen, daß im Reichsfinanzministerium zur Zeit umfangreiche Vorbereitungen für eine neue einkommenssteuerverordnung auf finanzielles Gebiet im Gange sind, die spätestens Ende März herausgegeben würde und dazu bestimmt sein soll, den katastrophalen Ausfall an Einnahmestückungen und das wachsende Defizit der Kommunen und Länder notwendig zu machen.

Das Defizit der Gemeinden wird für den Augenblick von der Regierung mit 300 Millionen errechnet, doch nimmt man an, daß es am 31. März mindestens eine halbe Milliarde betragen wird.

Die neue Notverordnung soll vor allem eine weitere Erhöhung der Umsatzensteuer um mindestens ein halb vom Hundert bringen, ferner eine weitere Beamtengehälterkürzung und im Zusammenhang damit eine ent-

sprechende Erhöhung der Kräftesteuer für alle Arbeitslosen und für die sonstigen dieser Abgabe unterliegenden Steuerpflichtigen. Auch mit dem oft erörterten Gedanken eines Tabakmonopols soll wieder gespielt werden.

Vorläufig sollen diese Vorbereitungen an der neuen Notverordnung noch im Reichsfinanzministerium allein betrieben werden. Daß das Kabinett von ihnen aber mindestens unterrichtet ist, ergibt sich aus der letzten Rede Stegertwals in Gladbeck, in der er eine schwere Krise der Reichsfinanzen für den Sommer und Herbst ankündigt. Wir könnten es übrigens verstehen, wenn die Regierung offiziell alle Pläne bzw. Vorbereitungen für eine neue Notverordnung mit größter Geheimhaltung bis unmittelfach vor dem entscheidenden Termin ablegen lassen würde; wozu sie doch, daß sie die Belastungsprobe einer neuen Notverordnung nicht mehr bestehen dürfte.

Jawohl, die Entwicklung wird von uns abhängen!

Darmstadt, 21. Jan. Der Chefredakteur des „Darmstädter Tagebl.“, hatte mit dem Führer der heftigsten Zentrumsfraktion, Ministerialrat Hoffmann, eine Unterredung über die Entwicklung der politischen Lage in Hessen. Auf die Frage, wie sich das Zentrum in Hessen zur NSDAP stelle, erklärte Hoffmann, es sei nicht so, daß das Zentrum in Hessen zur NSDAP stelle, erklärte Hoffmann, es sei nicht so, daß das heftigste Volk in seiner Mehrheit wüßte, daß nunmehr nationalsozialistische Politik gemacht werden soll. Die NSDAP, müsse allmählich lernen, die Verhältnisse nüchtern zu sehen. Hoffmann bezweifelte den Willen der Nationalsozialisten, mit dem Zentrum die Regierung in Hessen zu übernehmen. Sobald die NSDAP in die praktische Arbeit eintritt, müsse sie 90 v. H. ihrer Forderungen aufgeben, da jede praktische Politik bisher ihre Agitation gelähmt habe. Die weitere Frage, ob das Zentrum bereit gewesen wäre, auf die Forderung einzugehen, daß die heftigste Regierung künftig nur noch aus einem Minister bestehen soll, wurde dahin beantwortet, daß das Zentrum dies getan hätte, wenn dieser Minister keiner der beiden Parteien — NSDAP oder Zentrum — angehört hätte. Ministerialrat Hoffmann wandte sich gegen die Art des Kampfes der Nationalsozialisten gegen das Zentrum, die sich nicht scheuten, direkte Umgehungen zu betreiben. Die weitere Entwicklung der politischen Lage in Hessen solle sich immer vor den Augen der Nation abspielen. Sie hänge von der NSDAP, nicht vom Zentrum, ab. — Und diese Entwicklung wird das Zentrum noch einiges lehren!

Hamburger Bürger-schaftswahlen am 8. Mai

Hamburg, 21. Jan. Auf einer Kundgebung der Hamburger Beamten und

Staatsangestellten der Deutschen Staatspartei, die für die Erhaltung des Berufsbeamtentum eintrat, machte Präsident Koch die Mitteilung, daß die Neuwahlen zur Hamburger Bürger-schaft voraussichtlich am 8. Mai, dem Tage der Preußen-Wahlen, stattfinden werden.

Marzipankugel-Lotterie in Bremen

Gestern Abend fand im Rathaus eine Besprechungsversammlung über das Wesen und die Bedeutung der von der Bremer Winterhilfe beabsichtigten Marzipankugel-Lotterie statt, die den größten Teil unserer Bedenken, die wir gegen ein solches Unternehmen begen, zerstreute.

Das Ziel der Bremer Winterhilfe war, zur Linderung der schlimmsten Not in Bremen eine Summe von 300 000 Mk. aufzubringen. Heute jedoch muß festgestellt werden, daß durch Werbung und Sammlung dieses Ziel nicht erreicht werden konnte. Es sind 235 000 Mk. gesammelt worden, eine Möglichkeit zur Erreichung der Endsumme besteht kaum. Und darum hat sich die Bremer Winterhilfe, wie sie uns versicherte, und wir müssen das glauben, sich schweren Herzens dazu entschließen müssen, durch eine Lotterie, der, wie man sagte, an und für sich wohl nicht der richtige Weg, aber ausnützend nicht zu vermeiden gewesen sei, die notwendige Restsumme für das Hilfswort zu beschaffen.

Der große finanzielle Erfolg, den in verschiedenen Städten Deutschlands eine Marzipankugel-Lotterie erbrachte, veranlaßte die Winterhilfe, ein ähnliches Unternehmen für Bremen ins Leben zu rufen.

In seinen Ausführungen betonte Senator

Gildebrandt, daß man davon ausgegangen sei, alles, was eben möglich, hierbei dem bremsenden Wirtschaftskrisen zuzuleiten. Der Senat habe nur schweren Herzens zu dem Werk seine Zustimmung erteilt, habe aber ebenfalls keine andere Möglichkeit zur Beseitigung des Winterhilfsnots sehen können.

Durch die Lotterie werden durch das Arbeitsamt annähernd 100 erwerbsfähige Bremer für einige Zeit Arbeit und Brot bekommen.

Gegen die Bedenken der Schokoladen-Industrie und des Bremer Kleinhandels wurde auf der Besprechungsversammlung geltend gemacht, daß es einmal in Bremen eine Firma gebe, die das Marzipan selbst herstelle, daß also in Bremen nur ein Handel, bezw. Großhandel mit der Masse bestünde. Zum anderen käme die gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes, die im Ort bleibenden Gewinne, alles dieses, und was damit verbunden sei, Druckaufträge, Restlose, Röhre, Speise usw., wieder der bremsenden Wirtschaft zuzuleiten.

Ein auswärtiger Herr, der für das ganze Unternehmen das volle Risiko trägt, schäuferte den Gang der geplanten Lotterie. Danach fließt über ein Sparkonto bei der Sparkasse für jede Kugel der Winterhilfe ein Betrag von 30 Pf. zu. In einwandfrei hygienischen Betrieben werden unter Aufsicht eines Notars und zweier Kriminalbeamten die Kugeln in die Marzipankugeln eingelegt. Und zwar werden 10 Prozent sämtlicher zu verkaufenden Kugeln — Gewinne in sich tragen in der Höhe von 1—500 Mk.

Am Montag, dem 25. Januar, beginnt die Marzipankugel-Lotterie in den Straßen Bremens mit dem Verkauf. Im Verlauf der Woche werden auch Begegnung und Bremerbuden mit in den Straßenverkauf hineingezogen werden. Im Bürohäusern werden Verkäufer erscheinen mit weißen leuchtenden weiß-roten Fäden und hohen weißen Hülsen. Vor sich tragen sie ein Verkaufsbrett, auf dem eine Lotterietrommel steht. In ihr rollen die Marzipankugeln. Da jede Kugel einen Gewinn hat, kann man leicht Glück haben und einen Gewinnchein erhalten. Die Gewinncheine können sofort bei den Verkaufsstellen der Sparkasse in Bremen eingelöst werden.

Vom Verkaufspreis jeder Kugel werden 37 Pfennig für die Gewinne verwandt.

Die Ausgabe der Kugeln erfolgt in Serien, von denen jede aus Gewinnen von 500 Reichsmark und 16 Gewinne zu je 100 Reichsmark enthält. Ferner hat jede Serie 20 Gewinne über je 50 Reichsmark, 200 Gewinne über je 10 Reichsmark und 1762 Gewinne über je 1 Reichsmark. Für die Gewinncheine über je 1 Reichsmark können sofort bei den Verkaufsstellen neue Kugeln erworben werden. Dadurch erhöht sich die Einlösung dieser Lotteriekugeln bei der Sparkasse in Bremen oder deren Filialen.

Die Lotterie muß am 1. März beendet sein, dadurch wird also auch das Ostergeschäft des Hilfswarengewerbes in keiner Weise von der Lotterie beeinträchtigt.

Dieses Unternehmen scheint uns gewiß nicht der impolitischste Weg zur Verminderung der Bremer Not, aber es ist ein Weg, und wenn er zum Ziele führt, wenn es wirklich gelingt, das ärgste Elend, Hunger und Kummer zu stillen, so würden wir uns trotz aller Bedenken, die wir begen, nur aufrichtig freuen können.

In allen Gesellschaftskreisen legt man Wert auf gepflegte Züge. Eine gelungene Mundpflege besteht man durch regelmäßigen Gebrauch der bekannten und beliebten Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Vorliebsprei-

Führer EINE DEUTSCHE BEWEGUNG VON E. CZECH-JOGIBERG

„Wir fordern Abschaffung des arbeits- und mühseligen Einkommens, Bedienung der Einkommenskraft!“

„Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einstellung aller Kriegsgewinne.“

„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Zentralen).“

„Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.“

„Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.“

„Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großparks und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Verhinderung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Verletzung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.“

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gebietes zur unentgeltlichen Entleerung des Bodens für gemein-

nützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Boden-spekulation.“

„Wir fordern den rückichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Mörder, Diebe usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.“

„Wir fordern Erlass für das der materialistischen Weltordnung dienende Mörtliche Recht durch ein Deutsches Gemein-Recht.“

„Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einwirken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volkshilfsbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erlassen des Staatsgeheimnisses muß bereits mit Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.“

„Der Staat hat für die Sebung der Volksgeundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Erhaltung mittels geistlicher Zerstörung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.“

„Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.“

„Wir fordern den geistlichen Kampf gegen die bemuchte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse.“

„Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.“

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutts der Eigennutts.“

Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamentes über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Wir fordern die Bildung von Stände- und Berufsammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.“

„Die Führer versprechen, wenn nötig unter Einwirkung ihres eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rückichtslos einzutreten.“

Der Mauthof des Redeverbots der grünen Polizeibürokratie verwehrte ihm zu-

nächst, weiter selbst Serold seiner Ideen in der Öffentlichkeit des Versammlungsraums zu sein.

Rund zwei Jahre dauerte das Rede- und Verbot. Lange genug, um eine Bewegung zu stiften, könnte man glauben.

Als Stiller nach diesen zwei Jahren, am 11. März 1925 wieder zum ersten Male im Zirkus Krone in München sprach, fanden die Menschen trotz hohen Eintrittspreises (1 RM.) in den Sälen, in der Manege, Kopf an Kopf. In den Zirkus, der tausend Menschen faßt, wurden achttausend gelassen, gedrückt.

Vollei gab es an allen Ecken und Enden, als ob die SM-Deute nicht genug hätten. Aber es kam zu keinem Zwischenfall, zu keiner „Antischublung“.

Eine Stunde vor Beginn mußten die Zugänge zum Zirkus gesperrt werden. Es war unmöglich, auch nur noch einen Menschen in das Gebäude zu pressen.

München begrüßte seinen Stiller. Der Jubel rauschte auf, als sich Stiller zeigte. Feierlicher Einzug der SM-Deute.

Erst die umflorten Fahnen von 1923, die in den Raum getragen wurden.

Stiller war wieder die Feder, die man zwei Jahre lang zusammengebrochen hatte. Dafür schmeckte sie jetzt um so blühender empor.

Er war als Redner noch klarer geworden. Noch faszinierender.

„Trommler der Wahrheit“ nannte ihn ein Plakat. Das war er, ist er geblieben: Trommler der Wahrheit.

„Eine Münchener Angelegenheit“, tat man in Berlin die Sache ab.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Thema, das jeden Katholiken angeht

1.

Warum steht der nationale Katholik in der „Opposition“ zum Zentrum? — Von einem nationalen Katholiken

Auf welche Seite stellt sich das Zentrum, wenn die Linke geschlossen zum großen bolschewistischen marxistischen Schlage ausbricht? Etwa auf die Seite der marxistischen Sozialdemokratie? Das ist doch mit unserer christlichen Glaubenslehre nicht vereinbar. Oder glaubt der Zentrumsführer in der Sozialdemokratie einen Glauben bezogen, Religionsfreund zu finden? Diesen Irrtum traue ich wohl keinem zu. Denn, ob Kommunist oder marxistischer Sozialist, in einem Punkt sind sie unbedingt Brüder. Geht es den Fall, der Kommunismus komme zur Macht, der Marxismus wird sich dann selbstlos dem Kommunismus einwerfen. (Schon jetzt leben wir täglich immer deutlicher den Verlesungsprozess in der Sozialdemokratie.) Vereint werden sie dann im satanischen Satz gegen jede christliche Religion in fanatischer Bestürzung alles vernichten, welches auch nur noch mit einem Schatten nach Christenglauben deutet oder sich bekennt. Andererseits vollzieht sich der Zusammenschluß aller wahrhaft nationalen Kräfte in der gewaltigen deutschen Schmelze Adolf Hitlers ganz rasche und selbsttätig. Ein gewaltiges Erwachen aus dem Wahngestirb und der Geistesvernebelung dieser marxistischen Verlesungspolitik hat im deutschen Volke eingeleitet. Der Tag ist nicht mehr fern, wo das Banner der wahren deutschen Freiheitsbewegung unter Hitlers Führung über ganz Deutschland weht. Und je mehr sich dieser Prozess, diese Scheidung der Geister über alle Parteien hinweg vollzieht, hier Nationalismus und somit wahrer Sozialismus einereit, dort: Internationalismus und somit Verfallung der Massen an dererseits, je mehr geht der marxistische Teil zum Kommunismus über. Und wo will sich dann das Zentrum aufschließen mit ihrer sozialdemokratischen Forderungspolitik? Etwa zur Mitte? Gibt es dann noch eine Mitte? Nein! Dann gibt es keine Parteien mehr. Es gibt dann in Deutschland nicht mehr das, welches man früher das gesättigte Bürgerium nannte. Es steht dann in Deutschland eine einzige geschlossene nationale Kampffront. Diese Front kämpft um ein Ziel, um nur einen Sieg. Dies bedeutet: Nationalismus gegen Internationalismus und schließt in sich ein: Aufstieg oder Untergang, Sein oder Nichtsein, Glauben gegen Unglauben und somit für uns Christen, die Herrschaft und den Sieg Christi über den Antichristen. Deutscher Katholik bedenke, es geht heute in Deutschland nicht mehr um Parteinteressen, es kann darum auch nicht um eine Sonderstellung der Zentrumsparität gehen. Nein, heute geht es um weit mehr, es geht um ein ganzes Volk, um ganz Deutschland zu retten vor dem Bolschewismus. Das ist viel, das ist alles!

Die große deutsche Wille ist in Fähtigkeit. Zwei gewaltige Mahlfeste brechen sich unaufhaltsam — unaufhaltsam. Immer enger wird der Spalt zwischen diesen Mahlfesten, immer feiner wird die Mahlung dieser Mäße, feiner, feiner, so fein bis der Mahlfest, die Mitte zu Staub am Boden liegt. Und das Zentrum? In welchen Mahlfest will es sich begeben? Es muß sich bekennen! Prüfen diese Mahlfeste ist kein Augenblick mehr möglich. Auch wir nationalen Katholiken gehen treu zu unserem Glauben, auch wir geben eher unser Leben als wir ihn verleugnen, ihn: „Christus unser König“.

Deutscher Katholik, bedenken Sie es heute in Deutschland um Parteien gehen darf, ebenso wenig darf es um Konfessionen gehen. Es geht heute in Deutschland nicht nur um den katholischen Glauben, es geht heute in Deutschland nicht um den evangelischen Glauben, es geht heute an, denn es geht um Christus!

Gewiß können wir getrennt marschieren, jedoch müssen wir vereint schlagen, um vereint zu siegen. Es gibt keine Internationale! Die Seele im Menschen könnte dieses höchstens für sich in Anspruch nehmen, da sie nach christlicher Glaubenslehre Gottes Ebenbild ist. Aber selbst für die Menschenseele wird es im Jenseits keinen internationalen Zusammenschluß geben. Es trennen sich die Guten, die Gottgüter, die Gläubigen, von den Bösen, den Gottesgegnern. Diesen widerfährt die internationale Verdammnis des Teufels, jene aber werden eingehen in die nationale Gerechtigkeit Gottes. Der Leib aber ist immer die Art, ist Rasse, ist bodenständig, ist ergebunden und darum national.

Betrachten wir nun ein Volk, welches ein stark ausgeprägtes Nationalgefühl besitzt, wie werden leben, es besitzt auch einen feinen Glauben. Ein Volk dagegen, das der Internationale verfallt, verfallt auch dem Teufel, der Gottlosigkeit. Das Zentrum aber ist nicht in der Lage, letzteres aufzuhalten. Uns Katholiken, die wir in der nationalen Opposition stehen, empfinden es als großen Schmerz, wenn Unwissende glauben, das Zentrum bilde schließlich das ganze katholische Deutschland. Dem ist nicht



Die letzten 3 Tage

im Inventur-Ausverkauf

Stallmann & Harder

so, sind doch im Zentrum nur gut ein Drittel der katholischen Wähler vereint. Und die anderen, sind das vielleicht Marxisten oder Kommunisten? Das kommt bestimmt nicht in Frage. Nein, wir stehen in der nationalen Opposition zum Zentrum, müssen zur Opposition stehen! Es trennt uns eine gewaltige Kluft, nicht glaubensmäßig, aber politisch. Hier Zentrum — hier Marxismus nicht gegeneinander, dann würde schon recht und wir wären dabei, nein miteinander und meistens brüderlich vereint. Wer mit dem Marxismus ist, muß mit ihm zu Grunde gehen. Und das wird dem Zentrum so ergehen, wenn die Führung ihre Partei (politen)interessen nicht zurückstellt, wenn sie sich nicht einreihen in die große nationale Front, um geschlossen zu kämpfen gegen Internationale und Bolschewismus. . . . Unser Volk muß herausgehoben werden aus Not, Knechtschaft und Verfallung. Nicht ich komme hier in Frage, nicht nur du, nein, ich, nur du, wir sind ein Ganzes, wir sind ein — Nichts! . . .

Aber mein Volk, unser Volk, das ganze Deutschland ist in Gefahr, das ist wichtig, das ist alles! Und so stellen auch wir nationalen Katholiken den Gemeinwohl vor den Eigennutz. Mit der marxistischen Schleierpolitik geht das nicht, kann das nicht gehen, weil Christ und Antichrist nicht in einem Raum regieren können. Nationalismus und Christentum gehören zusammen, können nur zusammen gehören, niemals umgekehrt. Und wo diese vereint sind, da schaltet sich der wahre Sozialismus automatisch ein. Denn ein gerechter Sozialismus kann nur aus dem Nationalsozialismus hervorgehen, weil eben der Sozialismus nur eine Einheit bildet mit dem Christentum. Internationalismus ist die allergrößte Ge-

fahr für den Werttätigen, weil er undchristlich ist und somit in Terror ausartet. Darum kann in Verbindung mit Zentrum und Marxismus kein wahrer, gerechter Sozialismus zustande kommen. Im christlichen nationalen Sozialismus lebt das ganze Volk, im undchristlichen marxistischen Sozialismus leben nur die Führer. . . . Deutsche Katholiken, hier sind wir bei der großen Volksbewegung, dem deutschen Nationalsozialismus angelangt. Euch allen ist bekannt, wie über diese Bewegung fälschlicherweise Lüge und Verleumdung gegossen wurde und wird, doch die Bewegung wächst, wächst ins Gigantische. Ja, wir dürfen mit Recht behaupten, gerade dadurch ist die Bewegung gewachsen. Denn der Unaufgeklärteste wurde durch diese Verleumdungen auf die Bewegung aufmerksam und war dann, als er sich von der Heiligkeit dieser heiligen Bewegung überzeugte schon für diese Bewegung gewonnen. Doch sehen wir uns mal diese Verleumdungen genauer an, es sind an erster Stelle diejenigen, welche für die Internationale eintreten, dann zweitens solche, die das Parteinteresse über das Volkswohl stellen. . . .

Was treibt uns nationale Katholiken in die nationale Front? — Die Liebe! Nicht die Liebe für eine Partei, nicht die Liebe für einen Interessenten, nein, tausendmal nein, uns treibt eine heilige gottgewollte Liebe hinein. Mit Flammensymbolen ist sie uns in Herz gebrannt, diese Liebe zu unserem mit Zug, Trug, Jammer und Schande überschütteten und verblendeten armen deutschen Volke. Doch uns, gerade uns nationalen Katholiken treibt noch ein anderes in die Opposition. . . . Der Satz! — Ja, kann denn ein Katholik einen Satz im Herzen tragen? Nein!! . . . Und doch, nur einen! Wir hassen nicht die Menschen,

welche durch satanische Verlogenheit und Verheugung den internationalen Schwindel nachlaufen. Nein, denen gerade, denen gehört unsere Liebe. Gerade diese Fremden sind unserer ganzen Liebe am bedürftigsten. Diesen müssen wir ein Leben vorleben, woran sie sich aufrichten und wieder einreihen können zur großen Einheit, Artgemeinschaft, Nation. Wie mancher brave Deutscher besiegte dieses Vorleben mit seinem Herzblut, mit dem Tode. Wir nationalen Katholiken kennen nur einen Satz, der ist aber von unermeßlichen Ausmaßen, so gewaltig, wie andererseits unsere Liebe zu unserem heiligen katholischen Glauben. Unser Satz gilt einzig und allein dem Internationalismus, dem Antichristentum und denen, die ihn predigen. Hier werden wir nationalen Katholiken einen unüberbrückbaren Wall auf, der Abstand von gottlosen Marxismus zum christlichen Zentrum ist uns zu gering und darum stehen wir in der Opposition. Darum gehen wir den politisch anderen Weg. Wie hat sich heute in Deutschland die Wahlpropaganda in Wort, Bild und Schrift durch die marxistischen Machthaber eingereißt: dieses auch nur einzubilden ist selbst das Zentrum nicht in der Lage, weil es sich dem Wuchspruch des Marxismus beugen muß. So wie die Tagung in Bad Salzbrunn gezeigt hat: „Die nationale Front markiert gezeigt hat: „Die nationale Front markiert gezeigt hat: „Die nationale Front vereint.“ So muß es auch in der christlichen Anweisung steht in dieser Gefahr möglich sein. Hier katholisches Deutschland, hier evangelisches Deutschland; getrennt marschieren, vereint schlagen, um somit vereint siegen in Christus über den Antichristen. Und dies geschlossen in der nationalen Front zum Wohl für unser ganzes Volk und Vaterland. Frako.

Personalfragen bei der Deutschen Reichsbahn

Von der Bezirksleitung Bremen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V. wird uns geschrieben:

Im Jahre 1931 wurden seitens der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nachstehende Personalmaßnahmen durchgeführt:

Die Personalordnung wurde mit der Änderung des Reichsbahngesetzes vom 13. März 1930 in Einklang gebracht.

Die Bestimmungen über das Verhalten bei Einstellung, Wechsel der Beschäftigung und der Reichsbahnstelle und beim Ausscheiden der Reichsbahnarbeiter sind in der vom 1. Dezember 1931 ab gültigen Dienstvorschrift über die Behandlung der Personalangelegenheiten der Arbeiter (Bepa) zusammengefaßt worden.

Am 1. Januar 1931 sind neue Bestimmungen über die Befähigung der Eisenbahn-Betriebs- und Rangierbeamten in Kraft getreten. Gegenüber der alten Fassung sind einige hauptsächlich aus dem elektrischen Betrieb und dem Triebwagenverkehr entstehende neue Beamtenkategorien aufgenommen; im übrigen ist die Fassung den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt.

In der Vorjahre in den Grundzügen geänderte Neuordnung des Anstellungsverhältnisses der aus Arbeitern hervorgehenden Beamten ist weiter ausgedehnt; die Verwaltungsbereiche für die Abgrenzung des Kreises der Hilfsbeamten; denen Übergangswerte für die Anstellung der Altersgrenze von 40 Jahren (anstatt 30) zugeordnet ist und die Zuteilung von Hilfsbeamten um ihre Anstellung betrog, wurden am 1. August 1931 endgültig abgeschafft.

In neuen Beamtenlaufbahnen ist im Geschäftsjahr 1931 die Laufbahn der Werksführer und Werkmeister herausgehoben worden. Die beiden Laufbahnen der Werkführer und Werkmeister in Heiz- und Kraftwerken wurden zu einer Laufbahn zusammengefaßt und als Eingangsstelle der neuen Laufbahn wurde entsprechend der Ordnung der Laufbahnen aller vergleichbaren Beamtenstellen jetzt die Werksführerstelle bestimmt, die nach allgemeiner Vorschrift im Alter von etwa 30 Jahren erreicht werden soll. In Kürze werden die neuen Laufbahnen der Rottenführer und Leitungs- ausseher erscheinen, an deren Neugestaltung die G.C.E. hervorragenden Anteil hat. Das umfassende Werk der Neuorganisation der Beamtenlaufbahn nähert sich nunmehr dem Ende.

Dienstfänger zur Verjüngung des mittleren Beamtenkörpers sind auch in Geschäftsjahr in den notwendigen Grenzen eingestellt worden.

Die Bearbeitung einheitlicher persönlicher Dienstamweisungen wurde im Geschäftsjahr fortgesetzt. Herausgegeben sind persönliche Dienstamweisungen für die Rangierbeamten, die Ladebeamten und die Zugbegleitbeamten. Weitere persönliche Dienstamweisungen sind in Vorbereitung.

SPD.-Polizeipräsident gegen die Abzeichen-Notverordnung

Eine Schifane gegen Nationalsozialisten

Wilhelmshaven, 21. Jan. Trotzdem seit zwei Tagen die bekannte Verordnung des Reichspräsidenten das Tragen von politischen Abzeichen wieder gestattet, stellt die hiesige Wilhelmshavener Polizei, der ein sozialdemokratischer Präsident vorsteht, noch alle Personen fest, die auf Grund dieser Verordnung die Abzeichen wieder angelegt haben. Vor allem die Nationalsozialisten werden davon betroffen.

Es ergibt sich nun der groteske Zustand, daß die betreffenden Personen in Rüstingen, der oldenburgischen Nachbarstadt Wilhelmshavens, die Abzeichen ungehindert tragen dürfen, da man dort sofort der Verordnung des Reichspräsidenten nachgekommen ist, während bei Ueberschreiten der Stadtgrenzen die Nationalsozialisten von der Polizei fixiert werden, weil in Wilhelmshaven, wie gesagt wird, noch keine amtliche Verabschiedung von der Aufhebung des Verbotes vorliegt. Diese unglücklichen Zustände führen sogar dann zu Unzutraglichkeiten, wenn jemand mit der Bahn eintrifft. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hat bis zur Stunde das Verbot des Tragens von politischen Abzeichen aufrecht erhalten.

Nationalsozialist im Vorstand des Braunschweigischen Landbundes.

Der Gesamtverband des Braunschweigischen Landbundes wählte am Donnerstag an Stelle des Herrn Deumeland, der für vorübergehende freiwillig ausgeschieden ist, einstimmig den nationalsozialistischen Landwirt und Gemeindevorsteher Gustav Gieseke aus Lobmachtersen für die laufende Wahlzeit.

Opfer der Arbeit

Drei Vergleute in Othoberchlesien verbrühtet Kattowitz, 20. Jan. Dienstagabend ereignete sich auf der „Mazgrube“ in Widalsowitz (Othoberchlesien) ein Streifenunfall, bei dem drei Vergleute getötet wurden. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnten zwei Vergleute mit schweren Verletzungen lebend geborgen werden. Der dritte Vergleute war bereits tot.

Sie wollten den schlafenden Chemann zünden Saarbrücken, 19. Jan. In Altenwald ist ein Chemann einem furchtbaren Tode ergegangen. Seine Frau hatte ihn, als er noch schlafend im Bett lag, mit Petroleum übergoßen. Als sie nun mit einer Zafel aus brennendem Zeitungspapier das Feuer anzufachen wollte, erwachte der Mann und konnte im letzten Augenblick seiner Frau das brennende Papier aus der Hand schlagen.

Vom Büchertisch

„Verblutendes Deutschland“

„Verblutendes Deutschland“ von Friedrich Ferdinand Wegener. (Preis in Reinen geb. 4.50 RM.) Demnach zu haben in unseren Buchhandlungen Remberti- und Popenitz. Von Tag zu Tag wächst die deutsche Not. Ungeheurer Jähwer und lähmend legt sie sich auf die schaffenden Kräfte unseres Volkes. Die Herren „Wirtschaftsführer“, die bis vor kurzem unsere Wirtschaftspolitik noch nicht erkennen konnten oder wollten, sind allmählich still gemorden. Die freie, liberale Wirtschaft hat aufgehört zu sein. Millionen deutscher Männer sind aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet, liegen auf der Straße und müssen von Staats wegen, das heißt auf Kosten der Bürger, die heute noch Verdienst haben, ernährt werden. Ein unbändiges Verlangen nach dem Eingehen, der auf diese Weise um seine Existenz gekämpft wurde und ohnmächtig zuleben muß, wie auch der letzte deutsche Volksgenosse durch dieses Systems brotlos wird, die Ketten, die uns binden, zu zerreißen. Der Verfasser des neuen nationalsozialistischen Wirtschaftsbuchens „Verblutendes Deutschland“, Dr. Ferdinand Wegener zeigt den Ausweg aus der gemeinsamen Not. Jeder Deutsche sollte sich dieses wertvolle Buch kaufen; denn jeder im öffentlichen Leben Lebende wird in den geschilderten Schicksal der Personen, Dinge finden, die auch ihn ganz persönlich angehen.

Verlagsgeber: Kurt Thiele, M. d. N. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. V. Günter Witten; für den Angelegenheit: W. Kattens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —

Wenn du im Warenhaus kaufst, vernichtest du den Einzelhandel!

Hespen Am Wall 151-152

im Casino

Täter werden freigesprochen!

Sonnabend, den 23. Januar 1932

6.30 Zeitungsbe. 6.45 Wetterbericht. 6.50 Morgenmuff. 7.00 Wiederholung der Abendmeldungen. 7.50 Nachrichten. 8.15 Musik. 8.20 Reichdm der plattdeutschen Sprache. 8.35 Vörlent. 12.30 Mittagsessen. 12.55 Neuer Reichseigen. 13.15 Kriminalmeldungen. 13.20 Fünftunhrung. 14 Nachrichten. 15.05 Vörlent. 15.35 Schiffahrtstunt. 16 Unterhaltungsprogramm. 17.30 Das bunte Programm. 19.25 Wetterbericht. 19.30 Liebe ein - Liebe her. 20.15 Sammentergeraden und heute. 20.35 Nachrichten. 21.05 Knecker Dienst. 22.45 Tanzm. 23.20 (5.15)

Volk und Wirtschaft

Wirtschaftspolitische Umstellung

Fort mit der Illusion der „Weltwirtschaft“ — Von der „Welt“ zum „Volk“
Umstellung der Handelspolitik als Waffe befreiender Staatsführung

Von Dr. Herbert Albrecht, MdR, Mitglied des Reichswirtschaftsrates der NSDAP.

Motto:

„Die Schleier sind gefallen, die Zeit der Illusionen ist vorüber.“
(Heinrich Brüning.)

Die Erklärungen des Herrn Brüning, keine Tribute mehr zahlen zu wollen, legt den Grabstein auf die verbliebenen Illusionen der 13jährigen Erfüllungspolitik. Einer der traurigsten und vor allem verhängnisvollsten Abschnitte der deutschen Geschichte neigt sich damit dem Ende zu und wird in Kürze von Adolf Hitler liquidiert werden. Denn mit Halbheiten ist uns nicht gedient, die letzte Konsequenz der Stunde ist das nationalsozialistische Deutschland.

Aber eines wäre verhängnisvoll, nun zu glauben, daß die Einstellung der Tribute uns sofort wirtschaftliche Erleichterungen brächte, etwa ein Abnehmen der Erwerbslosigkeit im Gefolge haben könnte. Seit dem 1. Juli 1931, mit Beginn des Hooverjahres, ist bereits der weitaus größte Teil aller Kreditzahlungen gestundet. Die Wirtschaftskatastrophe hat trotzdem ihren Lauf genommen. Denn die Belastung durch immer noch 2 Milliarden kurz- und langfristige Kredite im Ausland — zum Großteil aufgenommen, um den Währungs- und Tributzahlungen durch 7 Jahre zu ermöglichen und zu verschleiern, — nahm ihren Fortgang. Bis nunmehr sowohl Forderungen als Rücklagen deutscher Pfänder, andererseits durch herausbedingtes Unvermögen Schulden mit neuen Schulden zu bezahlen, unendlich wurde. So kommen wir zwangsläufig zu Stillstands-, Konfiskations-, Schuldentilgungs-, und Moratorien. Jedoch — die Wirtschaftskatastrophe wird weiter gehen. Denn man wird nun — mehr die deutsche Wirtschaft erst recht auf Export abstellen lassen, die angeblich einseitige Verpflichtungen zum Ausgleich der ausländischen Verpflichtungen zu befähigen. Hier ist ein Angelpunkt. Denn die Exportförderung hat zwangsläufig zum Verlust eines Großteils des inneren Marktes an ausländische Waren und damit zur Stilllegung unzähliger Betriebe geführt, sowie um Millionen Arbeitslose gebracht.

An der Weltwirtschaftsillusion droht die deutsche Wirtschaft zu Grunde zu gehen. Auch die ausländischen Zeitblätter sollen sich klar sein: Der Fortgang der bisherigen deutschen Handelspolitik wird nie bisher nicht zu einer aktiven deutschen Zahlungsbilanz, aber zum vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der deutschen Nation, damit zum Verlust aller berechneten Auslandsforderungen und darüber hinaus zum Volkseinkreis in Europa führen.

Auch hier müssen endlich die Schleier fallen, haben die doch unvermeidlich anhaltenden Illusionen unserer Dergewalt zu verschwinden. Es genügt nicht, daß Brüning sich langsam und bedächtig immer dann, wenn er gar kein Beispiel des Illusionschleiers mehr festhalten kann, zu verarmten nationalsozialistischen Wahrheiten in halber oder viertel Ausführung bekennt. Mag Brüning auch von der Geschichte später

als der Johannes des Dritten Reiches anerkannt werden — Deutschland und seine Wirtschaft haben keine Zeit mehr! Es muß jetzt schneller gehen, sonst kommt die Stunde, in der es zu spät ist, wo Illusionen den letzten Augenblick verpacken, um der deutschen Wirtschaft ihre ureigenste Lebensmöglichkeit, — den inneren Markt — zurückzugeben. Denn — bei rein wirtschaftlicher Betrachtung — Einstellung der Tribute, Moratorien der Auslandskredite helfen gar nicht, wenn wir nicht in aller Kürze — bei Ausdehnung aller noch vorhandenen Exportmöglichkeiten — unsere gesamte Wirtschaft von der „Welt“ zum „Volk“ zurückführen. Die große beinahe gigantische Umstellung auf den inneren Markt, die mit allen Mitteln zu erreichende, Selbstversorgung von 5 bis 6 Milliarden Agrarprodukten, Rohstoffen und Fertigfabrikaten ist das Gebot der Stunde. Volkswirtschaft, Förderung der produktiven Kräfte des eigenen Volkes zu eigener Lebensbedeutung!

Die Heutigen haben das noch immer nicht begriffen. Sie wollen am Ende ihren Rücken, wohl Tribute einstellen und müssen notgedrungen Kreditfälligkeiten handhaben, statt so bequem wie bisher aus geborgten Auslandsmilliarden weiter erfüllen zu können, aber das alles soll ihnen dazu dienen, um — den Anschluß an den „Welt“-Markt wiederzugewinnen.

Die eiserne Konsequenz des deutschen Ent-

weder — oder wird verächtlich über sie hinwegschreiten. Immer klarer wird es unserem verebenden Volk werden, daß zu Währungs-, rorm, organischer Kreditverweigerung neben Tributentstellung und Auslandsamortisation, rückfälligkeit

Die große Umstellung unserer Handelspolitik

organisiert werden muß. Die Landwirtschaft, als Herzschlagader unserer Volkswirtschaft muß lebensfähig gemacht werden. Die handelspolitischen Beziehungen müssen zur Waffe in der Hand unserer Außenpolitik umgewandelt werden.

Die Dinge erkennen, verdrängen uns, sie zu meistern! Die Weltung vorzubereiten, dem Allen den Todesstoß zu versetzen und unsere Handelspolitik als eine der schärfsten Waffen in die befreiende nationalsozialistische Staatsführung einzugliedern.

Am die Biersteuerentfaltung

Die Braundindustrie hofft auf Verringerung des Steuerungsstandpunktes.

Berlin, 20. Jan. Die Braundindustrie hielt am Montag eine mehrstündige Versammlung ab, in der einheitlich der Standpunkt vertreten wurde, daß die Frage der Biersteuerentfaltung und der Bierpreisobergrenze unternommen werden sollte. Ein abgelehnter Verzicht auf die Biersteuer ohne Steuerentfaltung sei schwer möglich. Die Tributstillwertigkeiten dürften nicht dazu führen, einen so wichtigen Industriezweig wie das Brauergewerbe zu behindern.

Bedenkliche Zahlen

Die deutsche Hungerausfuhr

Leichter Rückgang des Außenhandels im Dezember — Rund 2,5 Milliarden Ausfuhrüberschuß im Jahre 1931

Berlin, 20. Januar.

Die deutsche Handelsbilanz

ist für den Dezember 1931 eine Aktivität von 224 Millionen Reichsmark gegenüber 202 Millionen Reichsmark im November. Einschließlich der Reparationslieferungen beläuft sich der Ausfuhrüberschuß auf 250 Millionen Reichsmark gegen 207 Millionen Reichsmark im November. Die Ausfuhr ist im Dezember auf 712 Millionen Reichsmark gegen 704 Millionen Reichsmark im Vormonat zurückgegangen. Die Einfuhr ist von 482 Millionen Reichsmark auf 488 Millionen Reichsmark gestiegen. Mengenmäßig ergibt sich eine größere Steigerung und zwar um 5 Prozent, da der gemogene Durchschnittswert um vier Prozent zurückgegangen ist.

Die Handelsbilanz im Jahre 1931

(unter Berücksichtigung der Vagerabrechnungen) schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 2574 Millionen Reichsmark ab. Bei Einrechnung der Reparationslieferungen stellt sich die Aktivität auf 2967 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Vorjahr, das eine tatsächliche Aktivität von rund 1800 Millionen Reichsmark aufwies, hat der Ausfuhrüberschuß somit um nicht ganz 1200 Millionen zugenommen.

Die Ausfuhr beträgt im Jahre 1931 9206

Millionen Reichsmark gegen 11 929 Millionen Reichsmark im Vorjahr. Die Reparationslieferungen haben sich von 707 auf 893 Millionen Reichsmark vermehrt. Der Ausfuhrüberschuß ist zum größeren Teil die Auswirkung von Preissteigerungen; gemessen an dem Rückgang des gemogenen Ausfuhrpreisniveaus beträgt der durch den Preisrückgang bedingte Währungsüberschuß in der Ausfuhr etwa 1400 Millionen Reichsmark, während sich der mengenmäßige bedingte Rückgang der Ausfuhr nur auf rund eine Milliarde Reichsmark beläuft. Von der Verminderung der Ausfuhr sind alle Hauptwarengruppen betroffen.

Die Einfuhr beträgt im Jahre 1931 6722 Millionen Reichsmark. Unter Berücksichtigung der Vagerabrechnungen ergibt sich noch für die tatsächliche Einfuhr im Jahre 1931 ein Betrag von 6032 Millionen Reichsmark gegenüber einer tatsächlichen Einfuhr von rund 10 200 Millionen Reichsmark im Jahre 1930. Somit ist die Einfuhr gegenüber dem Vorjahr um rund 3560 Millionen Reichsmark, d. h. um ein Drittel zurückgegangen. Dieser Rückgang ist zu einem erheblichen Teile auf Preissteigerungen zurückzuführen und hat die Einfuhr aller Warengruppen betroffen.

Diese Zahlen sind als recht unausführlich anzusehen. Sie zeigen deutlich, wie notwendig eine schmerzliche Streichung der Tribute ist. Eine weitere Verzögerung würde unabsehbare Schäden anrichten. Selbst in Berliner Kreisen, die sonst immer in rotem Optimismus stehen, stimmt diese Entwicklung des deutschen Außenhandels bedenklich. — Auf Grund dieser Zahlen ist zu befürchten, daß erst in den kommenden Monaten der verheerende Rückgang der deutschen Ausfuhr richtig zu erkennen sein wird. Demgegenüber steht die immer schärfer in Erscheinung tretende Schrumpfung der Einfuhr.

Ergebende Wirtschaft

Aufhebung des Bergereiers Glanzthal-Zellerfeld.

Berlin, 20. Jan. Wie von zuständiger Stelle verlautet, dürfte auf Grund der letzten preussischen Verordnung des Bergereiers Glanzthal-Zellerfeld aufgehoben werden. Die Einzelbestimmungen sind im Augenblick noch nicht fertiggestellt, auch der Zeitpunkt der Aufhebung steht noch nicht fest.

Von dieser Maßnahme dürften, wie weiter verlautet, noch drei weitere Bergereiere betroffen werden. (1)

Organische Rationalisierung

Von W. Neufang, Düsseldorf.

Es ist eine einfache Lösung mit der „Weltwirtschaftskrise“ das wirtschaftliche Chaos in Deutschland zu erklären. Freilich erscheint die Erklärung bei flüchtigem Hinsehen einleuchtend und deckt die Fehler mit dem Mantel der „notwendigen Abhängigkeit“ vom Weltmarkt zu. Die Erklärung ist aber falsch. Eine „Weltwirtschaft“ baut sich auf Rohstoffen, Produktion und Verbrauch auf. Durch die Abtretung wirtschaftswichtiger Gebietsteile (Vothringen, Oberschlesien, Saargebiet) wurde die natürliche Rohstoffbasis verkleinert, und mußte die Einfuhr der notwendigen Erze, so weit wie möglich, auf ein Minimum beschränkt bleiben. Dabei durfte aber zunächst die Produktion nicht vermindert werden. Man vergrößerte also die Produktionsbasis durch Rationalisierungsmaßnahmen, d. h. durch eine wirtschaftsvollere Ausnutzung der Produktionsstätten. Dieser Ausbau der Rationalisierung war aber infolge des, was man es jedem Unternehmen überließ, die Rationalisierung nach eigenem Ermessen und Programm durchzuführen. Die durch die Rationalisierung erzeugten Gewinne wurden keineswegs zur Schaffung der notwendigen, nunmehr notwendigen Basis, nämlich der Verbraucherbasis, verwandt, die Gewinne wurden, in falscher Erkenntnis der Konsequenzen, dazu gebraucht, die Produktionsbasis nur noch größer zu gestalten. Es mußte der Zeitpunkt kommen, in dem die wirtschaftliche Marktsättigung mit dem Tempo der Maschine nicht mehr Schritt halten konnte.

Wenn man schon durch die Tribute, Steuern und anderen Abgaben zur technischen Rationalisierung gezwungen war, so mußte dieser notwendigerweise eine Rationalisierung des Marktes vorausgehen, das will heißen, daß der Boden für eine Rationalisierung geschaffen werden mußte. Durch den politischen und wirtschaftlichen Zwang konnte aber die Marktrationalisierung nicht abgezwungen werden, und die technische Rationalisierung mußte somit unorganisch und losgelöst, ja überflüssig, vorgenommen werden.

Aufgabe einer umlichtigen Regierung wäre es gewesen, in fortwährender organischer Rationalisierungsentwicklung, den Absatzmarkt für diese technische Energie freizumachen. Das hätte nach Lage der Dinge durch Stärkung des Binnenmarktes geschehen können. Statt dessen wurde aber die technische Rationalisierung auf Kosten der inneren Wirtschaftsgesundung weiterbetrieben.

Erst kürzlich betonte ein französischer Wirtschaftler, daß bei einer Zusammenarbeit mit Deutschland, bei es auf dem Wege einer Zollunion oder bei es durch technische wirtschaftliche Maßnahmen, der Boden zur industriellen Umstellung erst geschaffen werden müßte. Man könne erst dann zur rationalistischen Arbeitsweise übergehen, wenn die neue Marktlage, die zweifellos durch die Zusammenarbeit mit Deutschland eintreten, geklärt sei.

Im übrigen hatten die Franzosen Zeit genug gehabt, ihre Industrie zu rationalisieren, da sie ja im Inland durch den Ausbau der Leistungsgüter beispielsweise, den Absatzmarkt in der Hand hatten.

Auch in England hat die Rationalisierung weit mehr nicht das Eiletempo angenommen wie bei uns.

Rationalisierung heißt doch vernünftige Teilwirtschaft treiben. Man kann nicht auf der einen Seite die Produktionsbasis immer mehr vergrößern, ohne auf der anderen Seite die Marktbasis zum mindesten in gleicher Weise übergehen, wenn die neue Marktlage, die zweifellos durch die Zusammenarbeit mit Deutschland eintreten, geklärt sei.

In der Natur als dem Ausdruck aller Organismen, findet man wohl den besten Vergleich! Ein Organismus ändert sich im Laufe der Zeit in seiner inneren und äußeren Struktur und Zusammensetzung. Man nennt diesen Vorgang Metamorphose, d. h. innere Umwandlung. Wollte man verdrängen, dieses Wesen von außen her etwa physikalisch also unorganisch zu verändern, was wäre die Folge? Bei Gewaltanwendung, bei Vergewaltigung des Gelebes des organischen Wachstums, spränge der Stein auseinander!!

In Kürze

Berlin. Der Vorstehende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Max H. Lippert, tritt in einem Aufsatz für die endgültige Streichung der deutschen Tributabgaben ein. — Jetzt auf einmal — aber auch nur halb!

Neue Zoll-Notverordnung

Ermächtigung für die Regierung, Auslandszuschläge zu erheben für Waren aus Ländern mit Währung unter Goldparität — Erhöhte Zollsätze bei ungünstiger Behandlung deutscher Waren

Berlin, 22. Jan. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Verfassung ist eine neue Notverordnung über außerordentliche Zollmaßnahmen erlassen.

Nach Artikel 1 wird die Reichsregierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. Bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern kommen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Auslandszuschläge zu erheben.

2. Für Waren, die aus einem Lande kommen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, oder welches die deutschen Waren ungünstig behandelt, als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsver-

handlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Diese Notverordnung bedeutet einen kleinen Schritt zum Schutze des inneren Marktes. Hoffentlich machen die verantwortlichen Stellen den richtigen Gebrauch davon.

Die neuen Butterzollsätze

Die Durchführung der Zollnotverordnung.

Berlin, 20. Jan. Die Durchführungsbestimmungen der Zollnotverordnung vom 19. Januar, die sich zum Teil auch auf die frühere Zollermächtigung beziehen, ändern praktisch zunächst lediglich den Butterzoll. Danach tritt ein differenzierter Butterzoll in Kraft, dessen untere Grenze 50 Mark und dessen obere Grenze 170 Mark je Doppelzentner ist.